Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 80 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 90 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich 90 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 2.18 Mk., monatlich 7.04 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 11spaltige Borgiszeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg., Reklamezeile für Auer und d. Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., sonst 40 Pf. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Druck kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 39 — Freitag, den 15. Februar 1918 — 13. Jahrgang

Die letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Czernins Ansicht über den Frieden. — Die Abrüstung der russischen Armee.
Das Ergebnis der Beratungen beim Kaiser. — Ein Todesurteil in Paris.

Der Bürgerkrieg in Finnland.

Finnland und die Ukraine befinden sich gegenwärtig in ähnlicher Lage. Beide Länder haben sich als souveräne Staaten gebildet, in beiden muß aber die Regierung noch gegen eine Minderheit des städtischen Proletariates kämpfen, das sich unter offener Unterstützung der russischen Soldateska und der Petersburger Regierung gewaltsam der Herrschaft bemächtigen will. In beiden Ländern haben die Petersburger Machthaber innerpolitische Krisen für ihre Zwecke auszubeuten versucht.

Die Krisis in Finnland hat sich schon seit längerer Zeit vorbereitet. Dieses Staatswesen besaß, auch als es noch äußerlich zu Rußland gehörte, ein streng demokratisches gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter, und daher war dort der sozialistische Einfluß sehr stark. Nach dem Ausbruch der Revolution gaben die in Finnland einquartierten russischen Truppen die maximalistischen Ideen auch dort verbreitet und große Teile der städtischen Arbeiterschaft für diese Lehre gewonnen. Selbst in den Reihen der gemäßigten Demokratie scheint die allgemeine Hypnose ansteckend gewirkt zu haben. Endlich kam es zu einem offenen Aufstand gegen die vorwiegend bürgerliche Regierung und zur Aufstellung einer sozialistischen Gegenregierung. An den blutigen Kämpfen um die Macht, die sich dann entspannen, nahmen und nehmen auch russische Soldaten auf beiden Seiten der Aufrührer teil.

In der Erkenntnis der heraufziehenden Gefahr hatte der finnländische Senat sofort nach der Unabhängigkeitserklärung die Zurückziehung der russischen Truppen verlangt und von Petersburg aus eine zustimmende Antwort erhalten. Den Worten folgte aber nicht die Tat. Im Gegenteil. Bald darauf veröffentlichte der Vorsitzende der russischen Heeresverwaltung in Finnland einen höhnischen Artikel, in dem er von dem „dummen Ultimatum" der finnländischen „Bourgeoisie" sprach und geradezu erklärte: „Jedermann versteht, daß wir vor dem Friedensschluß nicht den Weg nach Petersburg freigeben können; deshalb bezeichnen wir die Forderungen des finnländischen Senats als eine reine Frechheit, die nicht die geringste Beachtung von unserer Seite verdient." Aber damit begnügten sich die Russen nicht. Es wurden sogar frische Truppen aus Petersburg zur Unterstützung der revolutionären Bewegung nach Finnland gesandt. Als sich daraufhin der finnländische Gesandte in Petersburg bei dem russischen Minister Trotzki beklagte, erhielt er die sehr charakteristische Antwort, daß Rußland ganz nach seinen „erhabenen Grundsätzen" handle, indem es die Sache des Proletariats in Finnland gegen die Bourgeoisie verteidige. Nach Trotzki und seinen Gesinnungsgenossen ist bekanntlich nur das städtische Proletariat als berufener Vertreter des Volkes anzusehen, alle übrigen Elemente, auch die Bauern und gemäßigten Sozialdemokraten, gehören zu den verhaßten „Bourgeois".

Durch diese offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Finnlands handelt die Petersburger Regierung zweifellos im vollen Widerspruch zu ihrer erst kürzlich abgegebenen Erklärung, daß sie die Souveränität des Landes anerkenne. Die schon früher sehr starke Feindschaft des freiheitsliebenden finnländischen Volkes gegen die russischen Bedrücker ist dadurch noch mehr entflammt. In den heißen Kämpfen, die sich jetzt dort abspielen, ist sicher die erdrückende Mehrheit des Volkes auf Seiten der legitimen Regierung. Wenn der Ausgang dennoch zweifelhaft ist, liegt es am Mangel einer einheimischen Armee. Die Finnländer sind schon seit längerer Zeit vom russischen Militärdienst befreit. Dadurch genießen sie wohl den Vorteil, jetzt die gesamte wehrfähige Bevölkerung im Lande zu haben, aber andererseits verfügen sie nicht über militärisch geschulte Truppen. Sehr bedenklich ist auch der Mangel an Waffen und Munition.

Trotzdem hat die rasch zusammengerafft und ausgebildete „weiße Garde", das Schutzkorps der Regierung, schon starke Erfolge erzielt. Das spricht für den idealen Schwung, der diese Kämpfer durchglüht und viele Mängel der militärischen Organisation ausgleicht. Aber noch ist die Gefahr nicht endgültig beschworen. Wenn die Maximalistenregierung fortfährt, immer wieder neue Verstärkungen aus Petersburg abzuschicken, muß das kleine waffenlose Völkchen endlich erdrückt werden. Gerade jetzt ist diese Gefahr akut geworden, seit Rußland den „großen Krieg" endgültig liquidiert hat, vielleicht gerade, um die Hände für andere Zwecke frei zu haben.

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 15. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minentätigkeit. Abteilungen eines Matrosen-Regiments brachten von einem Erkundungsvorstoß gegen die belgischen Linien südwestlich von Mennekensvere zwei Offiziere und 26 Gefangene zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordwestlich und östlich von Reims rege Erkundungstätigkeit des Feindes. In der Gegend von Prunay und südwestlich von Tahure entwickelte sich lebhafter Artilleriekampf.

Die Gefechtstätigkeit lebte im Oberelsaß zeitweilig auf.

Im Januar beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 20 Fesselballone und 150 Flugzeuge, von denen 67 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkenntlich abgestürzt sind. Wir haben im Kampfe 68 Flugzeuge und 4 Fesselballone verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Die letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Grenzen Rußlands.

Ueber den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen wird nachträglich noch folgendes bekannt: Die Kommissionssitzung vom 9. Februar leitete Staatssekretär v. Kühlmann durch eine zusammenfassende Darlegung über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen ein. Er stellte fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch durch die sehr eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Persönlich habe er den Eindruck, als ob durch eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage kein günstigerer Erfolg erzielt werden könne. Man könne eine unumschränkte Ausdehnung von Erfolg nicht versprechenden Verhandlungen nicht ins Auge fassen. Die heutige Besprechung des Gesamtproblems habe den Zweck, einen Weg der Verständigung vielleicht noch ausfindig zu machen. Da die rechtspolitischen Fragen zwischen den Spezialkommissionen bereits eingehend erörtert worden seien, so würden im Falle einer Einigung über die politischen Fragen auf diesem Gebiete ernstliche Schwierigkeiten kaum mehr zu überwinden sein. Auch auf dem Gebiete der Handelsfragen sei eine befriedigende Lösung nicht ausgeschlossen. Minister des Aeußeren Graf Czernin erklärte, daß auch ein noch so langes Hinausziehen theoretischer Erörterungen wenig Aussicht auf Einigung biete. Er wünsche die Frage offen zu lassen, wie die geplanten territorialen Veränderungen an der russischen Westgrenze aufzufassen seien, und ob die Gestaltung dieser Veränderungen tatsächlich den Friedensschluß hindern würde oder nicht. Trotzki entgegnete, daß vom russischen Standpunkte aus die Anwendung, welche die Gegenpartei dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geben wolle, der Ablehnung dieses Grundsatzes gleichkomme. Die geplante neue Grenzführung müsse von militärischen und strategischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden.

Trotzki und die Ukraine.

Durch die Stellungnahme des Vierbundes gegenüber der Ukraine sei, so fuhr Trotzki fort, eine neue Schwierigkeit entstanden. Der Redner protestierte gegen die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen den Vierbundvertretern und den Bevollmächtigten der Kiewer Rada. Diese Handlungsweise müsse Zweifel daran erwecken, daß die Mittemächte mit der Regierung des föderativen Rußlands zu einer Verständigung gelangen wollen, weshalb er den Vertrag mit der Kiewer Rada als für das ukrainische Volk und für die Regierung ganz Rußlands geltungslos erklärte.

Deutschlands Verhältnis zu Rußland.

Staatssekretär von Kühlmann schlug unter Bezugnahme auf die Bemerkung Trotzkis, daß die als russische Westgrenze in Aussicht genommene Grenzlinie der Besprechung durch Sachverständige bedürfe, vor, die Frage der Grenzziehung einer am Schlusse der Sitzung zu bildenden Unterkommission zu überweisen, die in einer auf den folgenden Tag anzuberaumenden Sitzung der politischen Kommission über das Besprechungsergebnis berichten solle. Der Bericht dieses Unterausschusses würde für das weitere Schicksal der Verhandlungen ausschlaggebend sein. Indem Staatssekretär von Kühlmann sodann auf die bei der Grenzziehung maßgebenden allgemeinen Gesichtspunkte einging, wies er die Andeutung Trotzkis zurück, als ob den verbündeten Zentralmächten bei Ziehung dieser Grenzlinie irgendwelche Pläne bezüglich Rußlands vorgeschwebt hätten. Die dauernde Pflege eines guten und freundschaftlichen Verhältnisses zu dem großen östlichen Nachbarn sei eine dauernde Grundlage der deutschen Politik gewesen, und auch in Zukunft werde die deutsche Politik dem neuorganisierten Rußland gegenüber immer ein freundnachbarliches Verhältnis anstreben unter Vermeidung einer Einmischung in innere russische Verhältnisse.

Die Verbündeten und die Ukraine.

Bezüglich der Haltung der Mittemächte gegenüber der Ukraine bemerkte Herr von Kühlmann, daß sich aus dem Abschluß eines Friedensvertrages mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik für die Mittemächte ohne weiteres die nötigen Folgerungen ergeben. Von einer Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Ukraine sei eine Förderung der Verhandlungen nicht zu erwarten. Trotz der von den Mittemächten vertretenen Auffassung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Randgebieten in diesen Gebieten bereits ausgeübt worden sei, seien die verbündeten Regierungen bereit, durch planmäßigen Ausbau der bestehenden Vertretungskörper die Möglichkeit einer Kundgebung auf breitester volkstümlicher Grundlage zu schaffen. Graf Czernin bemerkte, das Verhältnis der Ukrainer zur Petersburger Regierung gehe den Vierbund nichts an. Der Friedensschluß mit der Ukraine sei kein unfreundlicher Akt gegen die russische Regierung. Durch den Friedensvertrag sei die Ukraine kein den Mittelmächten verbündeter, sondern ein neutraler Staat geworden. Dasselbe würde mit Rußland der Fall sein, wenn es zwischen diesem und dem Vierbund zu einem Friedensschluß käme. Käme kein Frieden zwischen dem Vierbund und dem Rat der Volkskommissare zustande, so hätte der Vierbund die ukrainischen Gebiete als neutrale, die dem Einfluß des Rates der Volkskommissare dagegen unterstehenden Gebiete bis auf weiteres als feindliche zu betrachten. Auf die Frage Trotzkis nach der Grenzführung südlich von Brest-Litowsk, über die mit der Ukraine verhandelt worden sei, entgegnete Staatssekretär von Kühlmann, daß auch hierbei ein verständiger Mittelweg gesucht wurde. Herr Trotzki erklärte sich hierauf mit dem Zusammentritt einer militärtechnischen Kommission zur Prüfung der Grenzlinie einverstanden.

Neue Vorschläge Kühlmanns.

Staatssekretär von Kühlmann, von dem Wunsche der Beschleunigung der Verhandlungen geleitet, schlug eine neue Fassung vor, die unter Umständen den zweiten Artikel des zu vereinbarenden Friedensvertrages bilden könnte. Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, welche mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrags eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, welche . . . verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreich erwachsen ihnen keinerlei Verpflichtungen Rußland gegenüber. Das künftige Schicksal dieser Gebiete werde in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden, und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, welche Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werden. Im Zusammenhang damit bemerkte Staatssekretär v. Kühlmann, daß der wesentliche Inhalt des Artikels 1 des ersten Vorschlages für den Vierbund eine conditio sine qua non des Friedensschlusses sei. Die Mittelmächte hätten die Räumung gewisser Gebiete zugesagt unter der Bedingung der gleichzeitig stattfindenden Räumung der Gebiete ihrer Verbündeten. Als Zeitpunkt, von dem an für die Mittemächte die Räumungspflicht beginnen würde, war das Ende der russischen Demobilisierung in Aussicht genommen. Hinsichtlich dieses Zeitpunktes seien die Mittemächte zu Konzessionen bereit, doch käme für Friedensschluß nicht in Frage, in welchem die Zusicherung der Räumung der verbündeten Gebiete durch die Truppen der Petersb